KASSENZAHNÄRZTLICHE VEREINIGUNG BERLIN

35 JAHRE ZAHNÄRZTLICHE SELBSTVERWALTUNG

Ein Jubiläum der Zusammenarbeit, Verantwortung und Zukunft.

Berlin, 10. November 2026

PRESSEMITTEILUNG

35 Jahre Kassenzahnärztliche Vereinigungen in den neuen Bundesländern: Mitgestaltung statt Staatsverwaltung – das war der größte Gewinn

Mit dem Aufbau der gemeinsamen zahnärztlichen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern 1991 hat die dortige Zahnärzteschaft die Belange der Versorgung nach der Wende erstmals mitgestaltet und dafür Verantwortung übernommen. Einflussnahme auf zentrale Entscheidungen statt Orientierung an staatlich gesetzten Rahmenbedingungen – darin bestand der größte Gewinn für die Zahnärzteschaft in den neuen Bundesländern. Dieses Fazit zogen Vertreterinnen und Vertreter der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin mit der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) bei einem Festakt zum 35-jährigen Bestehen der zahnärztlichen Selbstverwaltung am 9. November 2026 in der Landesvertretung Thüringens in Berlin.

„Das Jubiläum zeigt eindrucksvoll: Selbstverwaltung ist kein bürokratisches Konstrukt. Sie ist gelebte Demokratie“, so Dr. Christiane Schenderlein, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesgesundheitsministerium, die als Gastrednerin der Einladung gefolgt war.

Die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KZBV, Meike Gorski-Goebel, wünschte sich in ihrem Grußwort den Geist der 1990er Jahre zurück: „Im wiedervereinten Deutschland konnte man sich in der Anfangszeit aufeinander verlassen, auf das gesprochene Wort und den Handschlag. Es herrschte ein gesunder Pragmatismus, mit dem alles ohne riesige bürokratische Hürden geklappt hat. Von allem könnten wir aktuell wieder mehr gebrauchen."

Dr. Holger Weißig, Vorstandsvorsitzender der KZV Sachsen, formulierte seine Erwartungen an eine weitere Reform des Gesundheitswesens: In erster Linie wolle man Solidarität erhalten, indem man Eigenverantwortung fördere. Denn ein System, in dem die Solidargemeinschaft alles bezahle, verliere am Ende seine finanzielle Tragfähigkeit. Aus dieser Überlegung ergäben sich drei Leitgedanken, die einer Reformkommission fürs Gesundheitswesen Orientierung geben könnten: die Prävention ausbauen, Vertrags- und Wahlleistungen gestalten sowie die Eigenverantwortung der Versicherten stärken.

In der sich anschließenden, von Frauke Rauner vom Norddeutschen Rundfunk moderierten Diskussion, akzentuierten die Teilnehmer verschiedene Aspekte der zahnärztlichen Selbstverwaltung. Die zentralen Aussagen der Verantwortlichen:

Der Vorstandsvorsitzende der KZV Brandenburg, Dr. Eberhard Steglich, monierte den permanenten Aufgaben- und Bürokratiezuwachs: „Es wäre schon ein guter Anfang, wenn wir alle bürokratischen Vorgänge, auch die, die wir zuweilen selbst erfinden, immer auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen und gegebenenfalls ändern oder abschaffen würden."

Dr. Jana Lo Scalzo, stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der KZV Berlin, fasste die Bedeutung der Freiberuflichkeit zusammen: „Freiberuflichkeit bedeutet hohe medizinische Verantwortung für Patienten und eine wirtschaftliche Verantwortung für die eigene Praxis. Wenn die staatliche Reglementierung so weitergeht, ist nicht verwunderlich, wenn immer mehr junge Zahnärztinnen und Zahnärzte ins Angestelltenverhältnis flüchten und das Unternehmertum Schaden nimmt."

Für den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der KZV Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Jens Palluch, ist vor allem die Entwicklung der Prävention bemerkenswert: „Der Wandel von einer überwiegend reparaturorientierten Zahnmedizin hin zu einer Zahnmedizin, die auf Erhalt und Vorbeugung setzt, gehört zu den großen Erfolgsgeschichten des deutschen Gesundheitswesens."

Dr. Jochen Schmidt, Vorsitzender des Vorstandes der KZV Sachsen-Anhalt, macht sich in erster Linie Sorgen um den Nachwuchs: „Insbesondere in den neuen Bundesländern ist drohende Unterversorgung ein strukturelles Problem. Einen Mangel kann man durch Gesetze verwalten, aber eben nicht lösen. Um Zahnärzte in schlecht versorgte Gebiete zu bringen, brauchen wir dringend gute Anreize."

Der Vorsitzende des Vorstandes der KZV Thüringen, Dr. Knut Karst, hat insbesondere den Modernisierungsschub direkt nach der Wende in Erinnerung: „Neben den Mitentscheidungsbefugnissen wurde schnell spürbar, dass wir aus manch materiellen Mängeln zu einer modernen, verlässlichen Versorgung gekommen sind – einen ähnlichen Fortschritt habe ich nach der Wende nur beim Heizen und Einkaufen erlebt."

Für die KZV Sachsen merkte Dr. Weißig zur Entwicklung des Gemeinsamen Bundesausschusses an: „In den 1990er Jahren haben wir in dem relativ kleinen, sektorspezifischen Bundesausschuss für Zahnärzte und Krankenkassen innerhalb kurzer Zeit ganz viel bewegt. Heute ist der Ausschuss viel größer und sektorübergreifend. Das hat sich nicht unbedingt positiv ausgewirkt auf die Qualität und Geschwindigkeit von Entscheidungen."

Was soll bleiben? Freiberuflichkeit mit primär medizinisch motivierten Entscheidungen zugunsten von Patienten statt sparen am falschen Ende, ein Fokus auf Präventionskonzepten sowie eine demokratisch legitimierte Selbstverwaltung – das sind die wesentlichen Faktoren, die es auch in Zukunft zu erhalten gilt.

KASSENZAHNÄRZTLICHE VEREINIGUNG BERLIN

35 JAHRE ZAHNÄRZTLICHE SELBSTVERWALTUNG

Ein Jubiläum der Zusammenarbeit, Verantwortung und Zukunft.

Was muss sich ändern? Insbesondere die Digitalisierung und ein verändertes Anspruchsdenken der Patienten erfordern Anpassungsprozesse in den Praxisabläufen. Von der Politik erwartet die Zahnärzteschaft mehr Planungssicherheit und weniger Regulierungswut, um flexibel auf eine sich verändernde Versorgungsituation reagieren zu können.

Die zahnärztliche Selbstverwaltung funktioniert nur dann, wenn sie tatsächlich Verantwortung übernehmen und Entscheidungen treffen darf. Wenn die Politik die Expertise und Erfahrungen der Körperschaften bei anstehenden Reformen nicht berücksichtigt, lässt sie nicht nur wertvolles Potenzial ungenutzt, sondern gefährdet aktiv die zahnmedizinische Versorgung der Zukunft, so das Fazit der Diskussion.